



Dr. Christos Pantazis, MdB

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig

Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Pressemitteilung

Dr. Pantazis zur geplanten Pflegereform und Berichten über mögliche Leistungseinschränkungen in der sozialen Pflegeversicherung

„Pflegereform muss soziale Sicherheit stärken – nicht Pflegebedürftige und Angehörige zusätzlich belasten“

Berlin, 17.05.2026

Dr. Christos Pantazis, MdB

*Abgeordneter für Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040

Wahlkreisbüro:

Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Zur aktuellen Debatte über die geplante Pflegereform und Berichte über mögliche Leistungseinschränkungen in der sozialen Pflegeversicherung erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Christos Pantazis:

„Die Pflegereform wird zu einem echten Belastungstest für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wer jetzt allein auf Leistungskürzungen, höhere Eigenanteile oder reine Sparlogik setzt, gefährdet das Vertrauen vieler Menschen in die Handlungsfähigkeit unseres Sozialstaats.“

Pflegebedürftigkeit sei kein individuelles Fehlverhalten, sondern ein gemeinsames Lebensrisiko. Gerade deshalb müsse die anstehende Reform der sozialen Pflegeversicherung auf Stabilität, Fairness und Solidarität ausgerichtet werden – und nicht auf einseitige Belastungen von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Beitragszahlern.

Pantazis warnt insbesondere davor, steigende Eigenanteile in der stationären Pflege künftig durch verzögerte Zuschussregelungen der Pflegeversicherung abzufedern:

„Wenn Menschen erst nach deutlich längerer Heimaufenthaltsdauer entlastet werden, verschiebt man die finanziellen Lasten schlicht auf Pflegebedürftige, ihre Familien und am Ende auf die Sozialhilfe. Das wäre keine Strukturreform, sondern ein sozialpolitischer Verschiebeparkplatz.“

Bereits heute entwickle sich Pflege vielerorts zur Armutsfalle. Deshalb dürfe die Reform nicht zulasten derjenigen gehen, die ohnehin bereits massiv belastet seien.

Zugleich unterstreicht Pantazis, dass die finanzielle Stabilisierung der Pflegeversicherung selbstverständlich strukturelle Reformen und mehr Effizienz verlange:



Dr. Christos Pantazis, MdB

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig

Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

„Ja, wir müssen Bürokratie abbauen, Fehlanreize beseitigen und Pflegekräfte endlich von Dokumentationswahn entlasten. Pflegekräfte müssen Menschen pflegen – nicht Formulare. Aber reine Kürzungsdebatten greifen viel zu kurz.“

Die entscheidende Frage bleibe vielmehr, wie die Finanzierung der Pflege langfristig gerechter organisiert werde. Pantazis verweist dabei auf die erhebliche strukturelle Schieflage zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung.

„Die soziale Pflegeversicherung trägt den weitaus größten Anteil älterer und kostenintensiver Versicherter, während günstigere Risikostrukturen überwiegend im privaten System verbleiben. Wer gleiche Pflegeleistungen absichert, muss auch bereit sein, Finanzierungsverantwortung gerechter zu verteilen.“

Eine nachhaltige Pflegereform dürfe sich deshalb nicht in kurzfristigen fiskalischen Maßnahmen erschöpfen. Vielmehr brauche es eine strukturelle Finanzreform, die Solidarität, Generationengerechtigkeit und langfristige Tragfähigkeit miteinander verbinde.

Darüber hinaus fordert Pantazis, endlich versicherungsfremde Leistungen konsequent aus Steuermitteln zu refinanzieren. Dazu gehörten insbesondere die milliardenschweren Corona-Sonderlasten der Pflegeversicherung.

„Es kann nicht dauerhaft Aufgabe der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sein, gesamtgesellschaftliche Krisenkosten alleine zu tragen. Wenn wir hunderte Milliarden Euro für Infrastruktur und Sicherheit mobilisieren können, dann muss auch die soziale Infrastruktur unseres Landes Priorität haben.“

Pflege sei kein Randthema, sondern eine zentrale Zukunftsfrage des Sozialstaats.

„Die Menschen erwarten zu Recht, dass sie im Alter nicht in finanzielle Unsicherheit geraten, wenn sie pflegebedürftig werden. Pflege darf niemals zum Synonym für soziale Abstiegsangst werden. Genau daran wird sich die kommende Reform messen lassen müssen.“

Grundlage der aktuellen Debatte sind unter anderem Berichte über mögliche Änderungen bei den Zuschüssen zur stationären Pflege sowie Diskussionen über die zukünftige Finanzierungsarchitektur der sozialen Pflegeversicherung.